

An die Bürgermeisterin Frau Schemmann und
den Rat der Gemeinde Nordwalde

Nordwalde, der 14.12.2021

**Rede der Ratsfraktion Bündnis 90 / die Grünen zum Haushaltsentwurf 2022 der Gemeinde Nordwalde
in der Ratssitzung am 14. Dezember 2021**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Damen und Herren,
bevor ich nun auf den Haushaltsentwurf 2022 weiter eingehe, möchte ich an
dieser Stelle auf eine unscheinbare Position in der Ergebnisdarstellung
besonders hinweisen. Und zwar auf die Rückstellungen für Überstunden. Der
geneigte Leser wird feststellen, dass diese Rückstellungen von 34 Tausend
Euro in 2019 auf 64 Tausend Euro in 2020 gestiegen sind. Der Erfahrung
nach sind steigende Rückstellungen für Überstunden ein Zeichen für
besondere Arbeitsbelastungen. Die deutliche Steigerung in 2020, und ich bin
überzeugt, in 2021 wird sich ein ähnlicher Effekt ergeben, drückt bestimmt die
starke Belastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung in
Zeiten der nun schon 1 3/4 Jahr anhaltenden Corona-Epidemie aus. Allen,
die Corona-bedingt besonders gefordert waren und noch sind, gilt unser ganz
herzliche Dank für diesen besonderen Einsatz.

Nun zum Haushaltsentwurf 2022. Dort sind, neben der Fortführung des
normalen Regelbetriebs, unserer Meinung nach einige gute und
zukunftsorientierte Punkte enthalten:

- Da wären die weiteren geplanten Maßnahmen im Hochwasserschutz.
Wie wir alle wissen, hatte Nordwalde in den letzten Jahren schon die
eine oder andere Erfahrung mit außergewöhnlichen
Starkregenereignissen. Mit den bisher schon umgesetzten und den
noch weiter geplanten Maßnahmen sind wir auf einem guten Weg, dass
uns diese Folgen des Klimawandels in den nächsten Jahren hoffentlich
nicht wieder so hart treffen werden. Wichtig ist dabei jedoch, dass der

Hochwasserschutz auch zukünftig bei allen Bauprojekten einen hohen Stellenwert hat.

Apropos Klima: Wie in ganz Deutschland sind auch die Gemeinden im Münsterland hinsichtlich des Klimaschutzes sehr gefordert. Wenn Deutschland die gesetzten Ziele erreichen will, ist noch sehr viel zu tun. Auch bei uns in Nordwalde. Wir sind deshalb sehr gespannt auf den von der Bürgermeisterin angekündigten Bericht der Klimaschutzmanagerin zu Beginn des nächsten Jahres. Schön, dass damit unserer Bitte nachgekommen wird.

- Ebenfalls begrüßenswert sind die geplanten Verbesserungen im ÖPNV mit dem Ausbau von Haltestellen mit LED-Beleuchtung und dem Umbau für barrierefreien Einstieg. Auch kleine Schritte sind wichtige Beiträge für Inklusion.
- Mit dem Aufbau einer Ladeinfrastruktur für Elektro-Fahrzeuge wird dann endlich auch dieser „weiße Fleck“ auf der Landkarte geschlossen. Gespannt darf man dabei sein, ob das geplante Angebot in den nächsten Jahren der Nachfrage standhält. Denn: Erfahrungsgemäß wird zwar gerade im ländlichen Umfeld überwiegend zuhause an der Wallbox geladen, aber ob das in den kommenden Jahren mit steigenden Zahlen bei den E-Autos so bleibt oder ob der Bedarf an öffentlichen Ladepunkten auch bei uns sogar steigt, wer weiß? Da gilt es in Zukunft ggf. schnell zu reagieren.
- Kommen wir zu dem sehr wichtigen Thema Schulen und Digitalisierung. Da ist in den Jahren 2020/2021, z. B. mit der Ausstattung einiger Jahrgänge mit Tablets, schon einiges geschehen. Auch zeigen die für die nächsten Jahre geplanten Investitionen ein konstantes Niveau. Aber es erreichen uns auch Aussagen, dass z. B. die Ausstattung der Schülerinnen und Schüler mit Hardware noch nicht wirklich ausreichend ist. Es ist schwer zu beurteilen, wann genug genug ist. Das hängt

natürlich auch davon ab, ob man Schüler*innen, Eltern, Lehrer*innen oder Vertreter der Gemeinde fragt. Aber Bildung und die Schaffung bzw. der Ausbau der dafür notwendigen digitalen Infrastruktur sollte grundsätzlich ein Kernthema der Kommune sein. Daher schlagen wir für 2022 vor, die Bedarfe der Schulen in diesem Umfeld konkret mit Vertreter*innen der Schulen, den Schülerinnen und Schülern und der Elternschaft zu erheben und bei der Erweiterung der Ausstattung auch über die aktuellen Planungen hinaus, wo immer es möglich ist, zu unterstützen. Der Ausbau der Digitalisierung kann dabei in 2022 ein Schwerpunktthema im SSKSA sein.

- Mit Freude sehen wir die wichtigen und nun auch geplanten Investitionen in die Infrastruktur der Feuerwehr. Hier sind als Beispiele für 2022 die Erweiterung der Fahrzeughalle oder die Anschaffung eines neuen E-Fahrzeugs zu nennen.
Dass auch die Schaffung von Schulungsräumen in der mittelfristigen Planung vorgesehen ist und in den nächsten Jahren den Empfehlungen der Brandschutzbedarfsplanung weiter gefolgt wird, halten wir für richtig und wichtig.
- Wir begrüßen auch den Ersatz eines Feuerwehrfahrzeugs mit Verbrennungsmotor durch ein entsprechendes Elektrofahrzeug. Das ist, wie auch an anderer Stelle bei Fahrzeugen der Gemeinde, ein wichtiges Signal an die Bürgerinnen und Bürger. Es zeigt, die Umstellung von Fahrzeugen, die fossile Treibstoffe nutzen, auf Elektrofahrzeuge ist nicht nur notwendig, sondern funktioniert auch in der täglichen Praxis.

Die nach Vorstellung des Haushaltsentwurfs von der Verwaltung eingebrachten Änderungen nehmen wir zustimmend zur Kenntnis. Das kleine Mehr bei den Erträgen ist erfreulich, die Anhebung bei den Aufwendungen für Strom und Gas ist sinnvoll und haben auch wir angeregt. Und die Senkung der Kreisumlagen schafft den Ausgleich für die notwendig gewordene Miete

der Kindergartenanlage.

Die Änderungen bei den Investitionen sind bis auf eine Ausnahme in Ordnung. Die Ausnahme betrifft den Neubau des Bürgerzentrums. Dort ist eine nachträgliche Erhöhung der Investitionen in 2023 von plus 200.000 Euro festzustellen. Hier sind wir gegen diese Erhöhung.

Der Antrag von der SPD, bei Poller zusätzliche Markierungen anzubringen, ist aus unserer Sicht sinnvoll und findet unsere Unterstützung.

Der Antrag der CDU, Videoüberwachungsanlagen auch an den Grundschulen zu installieren, ist grundsätzlich sinnvoll. Voraussetzung für unsere Zustimmung wäre allerdings, dass die Videoüberwachung nur außerhalb des normalen Schulbetriebs stattfindet und in den betroffenen Bereichen gemäß DSGVO auf die Überwachung hingewiesen wird.

Nicht nachvollziehen können wir allerdings, warum die CDU die Einführung des SchülerTicketWestfalen nicht unterstützen will. Wir sind uns doch fraktionsübergreifend einig, dass die KvG-Schule und ihre Schülerinnen und Schüler nach Möglichkeit unterstützt werden sollen. Da ist die Einführung des SchülerTicketWestfalen eine gute Gelegenheit. Um so mehr, wenn andere Gemeinden im Kreis das nicht tun sollten. Da sollten wir nicht auf den Kreis warten, sondern mit gutem Beispiel voran gehen und die Rolle des ÖPNV weiter stärken. Wir sind dementsprechend gegen eine Streichung des Haushaltansatzes für die Einführung des SchülerTicketWestfalen.

Nun möchte ich auf eine Bemerkung der Bürgermeisterin eingehen. Sie hat in ihrer Rede bei der Haushaltseinbringung darauf hingewiesen, dass seit 2016 bis einschließlich 2020 positive Jahresabschlüsse erreicht werden konnten. Damit sei die Ausgleichsrücklage bis Ende 2020 auf rd. 3,3 Mio. Euro gewachsen. Das stimmt.

Die Planungen für die Jahre ab 2021 führen zu einer leichten Reduzierung der Ausgleichsrücklage auf dann langfristig rund 3 Mio. Euro. Damit wäre die Rücklage im Verhältnis zum Haushalt der Gemeinde eigentlich groß genug

und die Gefahr einer weiteren Haushaltssicherung selbst bei negativen Jahresergebnissen in den kommenden Jahren eher unwahrscheinlich. Das bedeutet in den nächsten Jahren erst mal grundsätzlich wirtschaftliche Sicherheit.

Aber: diese Entwicklung hatte und hat auch seinen Preis, nämlich einen anhaltenden Substanzverlust beim Anlagevermögen über viele Jahre, zum Beispiel bei den Gebäuden. Im Haushalt 2022 liegen die veranschlagten Aufwendungen für Unterhaltung und Wartung, wie auf Seite V54 des Haushaltsentwurfs geschrieben, „mit Blick auf die bilanziellen Abschreibungswerte ... unter den für eine substanzerhaltende Unterhaltungstätigkeit erforderlichen Aufwendungen“. Diesen Satz findet man in den letzten Jahren in den meisten Haushaltsentwürfen.

Für eine substanzerhaltende Unterhaltungstätigkeit hätten danach in den Jahren 2016 – 2020 rund 3 Mio. Euro mehr bei der Unterhaltung und Wartung ausgegeben werden müssen. Wir haben also einen anhaltenden Substanzverlust. Wären die für eine Substanzerhaltung notwendigen Unterhaltungs- und Wartungsaufwendungen entsprechend höher ausgefallen, wären die Jahresergebnisse in den letzten Jahren aber bei weitem nicht so positiv ausgefallen. Und die Ausgleichsumlage und damit der Sicherheitspuffer wäre heute deutlich niedriger.

Nun kann man trefflich darüber streiten, ob der Ansatz, die Aufwände für Unterhaltung und Wartung im Verhältnis zu den Abschreibungen zu betrachten, der richtige Maßstab für die Beurteilung der absoluten Höhe von Unterhaltungs- und Wartungsaufwänden ist. Das möchte ich hier nicht tun. Aber zumindest ist diese Kennzahl im Zeitverlauf ein guter Indikator. Und sie zeigt in den Haushaltplanungen für die Jahre 2022 - 2025 sehr stark sinkende Unterhaltungs- und Wartungsaufwände. In 2022 ergibt sich ein Rückgang von -60% oder über -1 Mio. Euro gegenüber dem Jahr 2021. Dieses sehr niedrige Niveau in 2022 wird in den Folgejahren nicht wieder erhöht. Daraus ergibt sich über die Jahre ein weiterer rechnerischer Substanzverlust von 4,5 Mio.

Euro. Selbst bei der Berücksichtigung aller durchgeführten und geplanten Maßnahmen oder ggf. noch vorhandener Rückstellungen, die zusätzlich zur Finanzierung herangezogen werden können, ist das ein sehr deutlicher Hinweis, dass die aktuellen Budgetansätze für Unterhaltung und Wartung viel zu niedrig sind. Hier fordern wir die Verwaltung auf, bei den zukünftigen Planungen die entsprechenden Budgets in den Folgejahren wieder auf ein langfristig angemessenes substanzerhaltendes Niveau zu erhöhen.

Zusammenfassend haben wir bisher einiges Positive und manches Besorgniserregende in der Haushaltsplanung 2022 gesehen. Vor dem Hintergrund der vorhandenen Ausgleichsrücklage gibt es aber keine zwingenden Gründe, die vorliegende Haushaltsplanung 2022 inklusive der nachträglichen Anpassungen abzulehnen.

Bis auf eine Ausnahme. Und zwar aufgrund der größten Haushaltsposition „Neubau Bürgerzentrum“. Die hierfür vorgesehene Belastung des Haushaltes ist ein Ablehnungsgrund. Ich will hier an dieser Stelle nochmal kurz unsere Argumente nennen, warum wir das so sehen:

1. Das geplante Gebäude ist zu groß. Zum einen gibt es den Flächenanteil für die Nutzung als Bürgerzentrum. Hierfür gibt es nach wie vor, obwohl von uns mehrfach gefordert, kein konkretes und realistisches Nutzungskonzept, das eindeutig den Bedarf an dieser zusätzlichen Fläche nachweist.
Zum anderen führt das aktuell geplante Gebäudekonzept zu einem weiteren starken Anstieg der Nutzfläche. Wir reden hier von einer Nutzfläche von deutlich über 2.000 qm und damit grob gesagt von einer Verdoppelung gegenüber dem alten Rathaus. Und das in Zeiten, wo der aktuelle Trend beim Bedarf an Büroflächen in vielen Firmen und Verwaltungen deutlich in die entgegengesetzte Richtung geht.
2. Diese vielen Quadratmeter führen in Verbindung mit der geplanten gehobenen Ausstattung in Summe zu Gebäudekosten, die in der

aktuellen Planung mit rund 12,5 Mio. Euro rund doppelt so hoch sind wie noch letztes Jahr in der verabschiedeten Leistungsbeschreibung geplant. Die im Haushaltsentwurf geplante Investitionssumme für das gesamte Projekt von 2020 bis 2023 liegt nun schon bei 14,7 Mio. Euro. Und selbst nach Aussagen der Verwaltung und des Architekten sind in der kommenden Umsetzungsphase weitere Kostensteigerungen möglich, die nachträgliche Anpassung der Haushaltsplanung an dieser Stelle um +200.000 Euro zeigt es. Da kommt schnell noch die eine oder andere Millionen dazu....

Das sind für eine kleine Gemeinde, die gerade aus der Haushaltssicherung raus ist, gewaltige Zahlen. Kann Nordwalde das finanziell verkraften? Auf dem Papier sieht es im Haushaltsentwurf so aus. Aber die Planung der nächsten Jahre führt jetzt schon in Summe für 2022 – 2025 zu einem knapp negativen Ergebnis. Dabei sind wie oben erwähnt wichtige Aufwandspositionen eh schon viel zu niedrig angesetzt. In den vorgestellten Planungen sind also erhebliche Risiken enthalten.

Der Neubau des Bürgerzentrums nimmt uns in Nordwalde die finanziellen Spielräume für andere wichtige Themen. Und **Nordwalde vertut** mit dem Neubau in der jetzigen Form auch **eine sehr große Chance**.

Das große Thema der nächsten Jahre ist das Erreichen der Klimaziele und letztendlich der Klimaneutralität. Unter Einhaltung eines strammen Zeitplans. Die Politik und die öffentliche Hand sollten bei der Umsetzung möglicher Maßnahmen für die Erreichung dieser Ziele eigentlich Vorbild für die Bürgerinnen und Bürger sein.

Wir alle kennen die gern erzählte Geschichte, dass Klimaneutralität durch grünes Wachstum mittels Technologie möglich sei. Also durch die Entkopplung von Wirtschaftswachstum auf der einen Seite und gleichzeitig deutliche Reduzierung von CO₂-Verbrauch und Umweltverschmutzung auf der anderen Seite. Sprich: eigentlich müssen wir unser Leben nicht groß

verändern, die Technik wird's möglich machen. Die meisten von uns wissen aber auch instinktiv, dass das wohl nicht realistisch ist oder zumindest Lösungen bedarf, die noch nicht überall vorhanden oder auch nur absehbar sind. Wenn man bekannten Stimmen der Wissenschaft wie z. B. Harald Lesch folgt, ist klar: Die beste Methode in Sachen Reduzierung CO₂-Verbrauch ist einfach - weniger ist mehr! Als erstes wird dann immer die Mobilität genannt: zum Beispiel kleinere und leichtere Autos mit E-Motor, auf kurzen und mittleren Strecken der Ersatz des Autos durch das Fahrrad, keine Kurzstreckenflüge mehr usw.

Aber auch Gebäude haben einen großen Anteil am CO₂-Verbrauch. Einsparungen im Gebäudesektor sind durch sinkende statt steigende Flächen pro Kopf möglich. Denn weniger Quadratmeter reduzieren die Menge an benötigten Baustoffen und später die Energie für Heizung, die Flächenversiegelung wird reduziert etc.

Ich nehme an, der eine oder die andere unter den Anwesenden weiß, wie schwierig das in der Praxis ist mit dem Weniger oder auch nur mit dem Anders als bisher. Die Realisierung des Bürgerzentrums in dieser Form und Größe ist ein sehr schlechtes Beispiel von Politik und Verwaltung. Sie provoziert eine berechtigte Frage bei den Bürgerinnen und Bürgern: warum soll man sich selbst bei den eigenen Hausbauprojekten beschränken, wenn das neue Verwaltungsgebäude doppelt so groß wie das alte gebaut wird? Hier müsste doch im Gegenteil gezeigt werden, dass neu nicht immer größer sein muss, sondern dass mit innovativen Ideen klein, fein sowie deutlich klimaneutraler gebaut und dabei den Anforderungen und Wünschen trotzdem nachgekommen werden kann. Bei der Neubeschaffung von Elektrofahrzeugen geht man wie oben erwähnt mit gutem Beispiel voran. Aber beim weitaus größten Projekt der Gemeinde wird leider das ganz falsche Signal gesetzt!

Daher fordert die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen nach wie vor: die Bauplanungen für den Neubau des Bürgerzentrums inklusive der

zugrundeliegenden Bedarfsplanungen für die notwendigen Flächen müssen neu überdacht und dürfen in der aktuellen Form nicht weiter vorangetrieben werden. Noch ist es für eine Überarbeitung nicht zu spät.

Kommen wir zum Fazit meiner Ausführungen:

Wir sehen viele positive und einige bedenkliche Aspekte in dem Haushaltsentwurf. Dennoch hätten wir ihm zustimmen können. Aber: Die Planungen für den Neubau des Bürgerzentrums in der aktuellen Form und die zugehörigen Haushaltsansätze lehnt die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen ab. Eine teilweise Zustimmung zum Haushalt ist im Beschlussvorschlag nicht vorgesehen. Daher stimmen wir gegen die Haushaltssatzung 2022 nebst Haushaltsplan, Stellenplan und Anlagen.

Und nun wünsche ich Ihnen allen hier sowie den Bürgerinnen und Bürgern Nordwaldes auch in diesem Jahr wieder trotz Corona eine schöne Weihnachtszeit, einen guten Rutsch und für 2022 alles erdenklich Gutes. Vielen Dank!

Oliver Hesse

Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen